

Quelle: <https://www.verfassungsschutz.de/de/arbeitsfelder/af-reichsbuerger-und-selbstverwalter/zahlen-und-fakten-reichsbuerger-und-selbstverwalter/reichsbuerger-und-selbstverwalter-personenpotenzial-2017> Zugriff am 25.01.2017, 13:15 Uhr

Was sind „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“?

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen – unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht – die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen, den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen oder sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend definieren und deshalb die Besorgnis besteht, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen.

Die erste bekanntere „Reichsbürger“-Gruppierung wurde als „Kommissarische Reichsregierung“ (KRR) 1985 in West-Berlin gegründet. Ideologisch hat die KRR ihren Ursprung in einer von [Rechtsextremisten](#) betriebenen Kampagne zur Wiederherstellung des „Deutschen Reichs“. Seitdem entstanden durch Neugründungen sowie durch Abspaltungs- und Zersplitterungsprozesse weitere „Reichsbürger“-Gruppierungen in der ganzen Bundesrepublik.

„Selbstverwalter“ nehmen für sich in Anspruch, zum Teil durch Bezug auf „die Menschenrechte“, aus der Bundesrepublik „austreten“ zu können und reklamieren für sich ihre rechtliche Autonomie. Die Vorstellung, ein „Deutsches Reich“ bestünde fort, spielt nur bedingt eine Rolle. Die Grenzen zwischen „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“ sind fließend.

Nur ein geringer Teil der Szene ist dem Rechtsextremismus zuzuordnen. Gleichwohl bilden „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ in ihrer Gesamtheit eine staatsfeindliche Bewegung, deren Gefährdungspotenzial sichtlich gestiegen ist.

Personenpotenzial von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“

Die [Verfassungsschutzbehörden](#) gehen deutschlandweit von rund 15.000 Personen (Stand: 3. Quartal 2017) in der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“-Szene aus. Bei ca. 900 Personen davon handelt es sich um [Rechtsextremisten](#). Das Personenpotenzial war zu Beginn der

Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden im Herbst 2016 zunächst auf etwa 10.000 geschätzt worden. Die kontinuierliche Steigerung beruht zum einen auf einem verbreiteten ideologischen Angebot der Szene sowie zum anderen auf einem verbesserten Informationsaufkommen der Verfassungsschutzbehörden.

Entwicklungstendenzen

Die verschärfte politik- und staatsfeindliche Agitation von Angehörigen der „Reichsbürger“-Szene, die 2016 vor allem in sozialen Netzwerken stattfand, blieb nicht ohne Auswirkungen auf das Gesamtspektrum. Die Aufrufe zum „Widerstand“ gegen den Staat und seine Repräsentanten verstärkten vielmehr deren Dynamik und Gewaltbereitschaft.

Die heterogene „Reichsbürger“-Szene vernetzt sich vorwiegend über das Internet – insbesondere über soziale Netzwerke, da diese auch ohne feste Strukturen einen hohen Verbreitungsgrad einschlägiger Propaganda ermöglichen. In dieser Hinsicht entfalteten insbesondere die seit Ende 2015 entstandenen Gruppierungen deutliche Aktivitäten.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ weisen eine hohe Affinität zu Waffen auf und sind oftmals gewaltorientiert. Dabei sehen sie sich selbst als vom Staat verfolgt und berufen sich auf eine angebliche Notwehrlage.

Erscheinungsformen von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“

Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ ist vielschichtig, sie bilden eine organisatorisch wie ideologisch äußerst heterogene Szene, der jedoch die fundamentale Ablehnung des Staates, seiner Repräsentanten sowie der gesamten Rechtsordnung gemein ist. Die nicht immer unter der Bezeichnung „Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ auftretenden Gruppierungen und Einzelpersonen konkurrieren häufig untereinander, weisen aber auch thematische Übereinstimmungen auf.



Logo der Gruppierung „Die Exil-Regierung Deutsches Reich“

So bezeichnen sich zum Beispiel Gruppierungen in der Szene als „Exilregierung Deutsches Reich“, „Die Exilregierung Deutsches Reich“, „Bundesstaat Deutschland“ oder „Staatenbund Deutschland“; sie proklamieren ein „Königreich Deutschland“ oder eine „Verfassunggebende Versammlung“, bilden einen „Verein zur Förderung des Rechtssachverständes in der Bevölkerung“ oder ein „Amt für Menschenrechte“. Allein vier verschiedene Gruppierungen der „Reichsbürger“-Szene repräsentieren ihrem Selbstverständnis nach einen „Freistaat Preußen“. Andere versuchen zum Beispiel „preußische“ Gemeinden zu „reorganisieren“, um sie unter „Selbstverwaltung“ zu stellen.

„Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ berufen sich auf eine Vielzahl pseudojuristischer Erwägungen und Verschwörungstheorien. Die Bundesrepublik Deutschland ist für sie ein „Besatzungskonstrukt“, nicht existent, nicht souverän oder lediglich eine „Firma“ („BRD-GmbH“). Ihre Agitation richtet sich gegen Parlament und Regierung, Justiz und Polizei. Gesetze, Urteile und Bescheide erkennen sie nicht an. Einige Gruppierungen nehmen für sich in Anspruch, eine eigene „Staatsgewalt“ auszuüben und bilden „Reichsregierungen“, „Bundesstaaten“ oder „Gemeinden“. Sie ernennen „Reichskanzler“ oder „Minister“ und verkaufen „Reichsausweise“ sowie eigene „Führerscheine“. „Selbstverwalter“ erklären ihren „Austritt“ aus der Bundesrepublik Deutschland, definieren ihr Haus oder ihre Wohnung als souveränes „Staatsgebiet“ und markieren ihr Grundstück mit einer Grenzlinie. Auch mit obskuren „Lebenderklärungen“ hoffen sie, sich dem staatlichen Einfluss zu entziehen.

Widerstand gegen Steuern und Justiz

Eines der Ziele der Akteure ist es, keine Steuern zu zahlen und drohende Zwangsvollstreckungen abzuwenden. Selbsternannte „Rechtsbeistände“ der angeblichen Justizopfer behindern gezielt die Justiz. Viele „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ werden dabei selbst zu Opfern szeneninterner Geschäftemacher, die mit dem Verkauf wertloser, selbstgefertigter Ausweispapiere enorme Gewinne erzielen. Leichtgläubige Menschen in finanziellen Notlagen zahlen hohe Beträge für fatale „Rechtsberatungen“ oder „Schulungen“. Dort „lernen“ sie, anstatt Steuern, Gebühren oder Bußgelder zu zahlen, die zuständigen Behörden mit absurden Schreiben zu überschütten. Kommt es dann mit anwachsenden Schulden zu Vollzugshandlungen, glauben einige, ihnen stehe ein Widerstands- oder Notwehrrecht gegenüber Gerichtsvollziehern und Polizisten zu. In der Folge verstricken sie sich zunehmend in Schulden und Straftaten.

„König von Deutschland“



Königreich Deutschland

Logo vom „Königreich Deutschland“

Zu den kriminellen Profiteuren der Szene zählt beispielsweise der als „König von Deutschland“ bekannte „Reichsbürger“ Peter F., der sich seit Juni 2016 in Haft befindet und bereits mehrfach verurteilt wurde. Ihm wurde unter anderem schwere Untreue mit einem Gesamtschaden von 1,3 Millionen Euro vorgeworfen. Am 15. März 2017 wurde Peter F. vom Landgericht Halle (Sachsen-Anhalt) zu einer Haftstrafe von drei Jahren und acht Monaten verurteilt.

„Malta-Inkasso“

„Reichsbürger“ oder „Selbstverwalter“ versuchten 2016 in zahlreichen Fällen, Mitarbeiter von Behörden und teilweise auch Politiker mit Forderungen in Millionenhöhe einzuschüchtern. Dabei fingierten sie vermeintliche Schulden der Betroffenen und trugen diese in ein US-amerikanisches Online-Schuldnerregister ein, bekannt auch als „UCC-Register“ nach der gesetzlichen Grundlage im US-Handelsgesetzbuch „Uniform Commercial Code“ (UCC). Hierfür wird weder ein Nachweis für eine Schuld noch für einen zugrundeliegenden Schaden benötigt. Anschließend wurden diese Forderungen an ein zu diesem Zweck gegründetes, in Malta ansässiges Inkasso-Unternehmen abgetreten. Bisher sind allerdings keine Fälle bekannt, in denen eine Klageschrift oder ein Europäischer Zahlungsbefehl aus Malta an beklagte Amtsträger in Deutschland zugestellt wurde.

Zudem versuchten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ vermehrt, Polizeibeamte und Richter zu beeinflussen oder lächerlich zu machen, indem sie diese bei der Ausübung ihrer Dienstgeschäfte massiv behinderten und anpöbelten. Im Internet finden sich zahlreiche Videos, in denen die Szene solche Aktionen „dokumentiert“ und propagandistisch auszuschlachten sucht.

„Bundestaat Bayern“



[Vergrößern](#) Banner der „Weltnetzseite ‚Deutsches Reich‘“

Erst Ende 2015 entstand die Kleingruppe „Bundestaat Bayern“, die auch für Teile der Pfalz Geltung beansprucht. Ein Anhänger dieser Gruppe war 2016 für den Tod eines Polizisten verantwortlich. Der „Bundesstaat Bayern“ ist einer von bisher fünf „Glieder und Teilstaaten“ eines „Deutschen Reiches“, zu denen auch ein „Freistaat Preußen“, „Bundesstaat Württemberg“, „Bundesstaat Baden“ und „Bundesstaat Sachsen“ zählen. Die in dieser Konstellation erst seit 2016 bestehende Gruppierung fiel vor allem durch umfangreiche und gleichartige Schreiben auf, mit denen sie ihre Forderungen gegenüber Behörden formulierte oder Widerspruch gegen staatliche Maßnahmen einzulegen suchte. „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ versuchen mitunter gezielt, in Polizeikreisen Anhänger zu gewinnen. Ihr Motiv ist dabei, staatliche Maßnahmen abzuwenden beziehungsweise frühzeitig über deren Planung informiert zu werden.

Gegen Angehörige der Gruppierung „Bundesstaat Bayern“ fanden am 18. Juli 2017 in Bayern und Rheinland-Pfalz bereits zum dritten Mal Durchsuchungsmaßnahmen statt. Bei den Durchsuchungen wurden umfangreiche Beweismittel sichergestellt, darunter Datenträger und gefälschte Urkunden – wie fiktive „Staatsangehörigkeitsausweise“ und gefälschte Zulassungstempel. Im Rahmen der Maßnahmen konnte zudem ein mit Haftbefehl gesuchter „Reichsbürger“ festgenommen werden. Die Exekutivmaßnahmen sind Ausfluss eines seit

längerem anhängigen Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts auf banden- und gewerbsmäßig begangene Urkundenfälschung und Amtsanmaßung. Bereits am 7. Februar 2017 hatten deswegen Durchsuchungsmaßnahmen in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie am 21. März 2017 in Bayern und Rheinland-Pfalz stattgefunden. Damals waren unter anderem verschiedene Waffen und Munition sichergestellt worden. Ziel der durchgeführten Durchsuchungen war laut Bayerischem Innenministerium insbesondere die Aufhellung von Organisationsstrukturen und die Zerschlagung illegaler Aktivitäten.

Straf- und Gewalttaten von „Reichsbürgern“ und „Selbstverwaltern“

Das teilweise erhebliche Gewaltpotenzial der „Reichsbürger“-Szene richtete sich im Jahr 2016 vornehmlich gegen Gerichtsvollzieher und Polizeibeamte. Einsätze der Beamten bezeichnet die Szene als „Überfälle“, gegen die Notwehr geboten sei. Nach vorläufiger Einschätzung der [Verfassungsschutzbehörden](#) verfügten „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ über etwa 700 waffenrechtliche Erlaubnisse. Wegen der verstärkten Waffenaffinität der Szene mussten Gerichtsvollzieher und Ordnungsbehörden bei der Vollstreckung von Maßnahmen immer wieder auch Sondereinsatzkräfte hinzuziehen.

2016 kam es zu schwerwiegenden Gewalttaten:

- In Reuden (Sachsen-Anhalt) kam es am 25. August 2016 zu einem Schusswechsel eines „Reichsbürgers“ mit der Polizei anlässlich einer Zwangsräumung. Adrian U. hatte zuvor im Internet gegen die drohende Zwangsvollstreckung in dem von ihm gegründeten „Staat Ur“ mobilisiert. Mehr als 100 Sympathisanten waren auf seinem Grundstück zusammengekommen, um ihn zu unterstützen. Als rund 200 Beamte die Zwangsvollstreckung durchsetzen wollten, wurden sie massiv angegriffen. Adrian U., der eine „Grenzlinie“ um seinen „Staat“ gezogen hatte, wurde dabei schwer und zwei Beamte leicht verletzt. Adrian U. befindet sich derzeit in Untersuchungshaft; ihm wird versuchter Totschlag vorgeworfen.
- In Georgensgmünd (Bayern) wollten Polizeibeamte am 19. Oktober 2016 bei dem 49-jährigen Wolfgang P. Schusswaffen sicherstellen. Als sie in den frühen Morgenstunden in die Wohnung eindrangen, trug dieser eine schusssichere Weste und eröffnete unmittelbar das Feuer auf die Polizei. Dabei tötete er einen Polizisten und verletzte drei weitere. Wolfgang P., ein beruflich erfolgloser Kampfsportlehrer, ist Anhänger verschiedener „Reichsbürger“-Thesen. 2016 gab er – bezeugt vom Leiter des „Bundesstaates Bayern“ – eine „Lebenderklärung“ ab. Zudem umrandete er sein Grundstück mit einer aufgemalten „Grenzlinie“. Nach dem Vorfall in Georgensgmünd stellte sich bei der Auswertung zuvor unbekannter Filmaufnahmen heraus, dass Wolfgang P. vermutlich als einer der Unterstützer des Adrian U. aufgetreten war. Derzeit ist er wegen Mordverdachts inhaftiert.

Der „Widerstand“ von Adrian U. und Wolfgang P. gegen die verhassten staatlichen Maßnahmen wurde von Gesinnungsgenossen teils begeistert als berechtigte „Notwehrhandlungen“ gefeiert.

Vordergründig erfolgreiche Neonazi-Publikation zeigt unfreiwillig andauernde ideologische Schwächen der eigenen Szene auf



[Vergrößern](#) Titelbild der Neonazi-Publikation „N.S.

HEUTE“, Nr. 6, November/Dezember 2017

[Rechtsextremisten](#) versuchen mit sehr unterschiedlichen Publikationen und Diskussionsbeiträgen immer wieder strategische und ideologische Impulse sowie szeneeinterne Diskussionen in Gang zu setzen. Im März 2017 erschien die erste von mittlerweile sechs Ausgaben der neuen Neonazi-Publikation „N.S. HEUTE“. Mit einer aus Sicht der Szene ansprechenden Mischung aus Beiträgen, Interviews und Unterhaltung verbreitet die Publikation mit einer relativ großen Reichweite – die Auflage beträgt aktuell 1.500 Exemplare – in moderner Form nationalsozialistische Ideologien, ohne jedoch in NS-Folklore zurückzufallen. Bemerkenswert ist der Schritt, entgegen dem allgemeinen Trend ein Printmedium zu veröffentlichen. Damit dürfte die Absicht der Herausgeber verbunden sein, der Publikation einen besonderen Stellenwert zuzuweisen sowie damit gleichsam den darin enthaltenen Gedanken symbolisch eine dauerhaftere Form zu geben.

Allerdings zeigen die Inhalte des Heftes unfreiwillig und deutlich Widersprüche auf, in denen die deutsche Neonazi-Szene schon seit Jahren steckt: Innerhalb des Spektrums existiert keine einheitliche Auffassung über die inhaltliche Ausgestaltung der gemeinsamen Weltanschauung. Zwischen Versuchen einer Adaption des NS-Gedankenguts an den Zeitgeist und dem Festhalten an der vermeintlichen „reinen Lehre“ sind sämtliche Positionen vertreten, was – neben zusätzlichen Spannungen auf zwischenmenschlicher Ebene – ein wesentlicher

Grund für die andauernde Zersplitterung des neonazistischen Lagers ist. Die jeweils aus Versatzstücken der historischen NS-Weltanschauung und eigenen Auffassungen zusammengefügte Ideologie kann demzufolge keine die Szene in Gänze einigende Wirkung mehr entfalten. Darüber hinaus haben die – teilweise ins abstruse abgleitenden – politischen Auffassungen der Szene eine weitgehende gesellschaftliche Isolation zur Folge.

Die Aufspaltung der Szene wird beispielsweise in einem unter Pseudonym verfassten Beitrag selbst eingestanden, der in der Rubrik „Bewegung“ abgedruckt ist und der sich mit einer anzustrebenden Bildung einer „Nationalen Außerparlamentarischen Opposition“ befasst. Der Autor fordert darin, dass angesichts der derzeitigen „geradezu desaströs“ anmutenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Gesamtlage die unterschiedlichen Akteure des „nationalen Lagers“ zunächst üben müssten, einander mit Toleranz zu begegnen. Anschließend gelte es, aus den „vom System vorgegebenen Strukturen“ auszubrechen, insbesondere aus dem Korsett des Parlamentarismus, wengleich der Kampf um vor allem kommunale Mandate deswegen nicht völlig aufgegeben werden solle.

Zentrales Thema des aktuellen Heftes ist jedoch ein – ebenfalls unter der Rubrik „Bewegung“ erschienenenes – Porträt des früheren Leiters der 1980 verbotenen „Wehrsportgruppe Hoffmann“, Karl-Heinz Hoffmann, anlässlich dessen 80. Geburtstags. In einem ausführlichen Interview äußert sich Hoffmann nicht nur zu seinen Aktivitäten im Zusammenhang mit der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, sondern auch zu aktuellen Entwicklungen sowie seinen politischen Vorstellungen. So bekräftigt er seine Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, die er in Form eines Mehrparteiensystems als „sehr schädlich“ bezeichnet, insofern die Bevölkerung in einem Zustand des ständigen Parteienstreites „permanent auseinanderdividiert“ und damit die „Volksgemeinschaft aufgelöst“ werde. Im Hinblick auf gesellschaftspolitische Aspekte spricht Hoffmann ferner davon, dass eine Kultur sich auch ohne staatliche Einflussnahme durchsetze, wenn sie „gut“ sei, und sie gehe ein, wenn sie „schlecht“ sei. Eine Kultur sei immer lebendig; wenn man aufhöre, fremde Einflüsse aufzunehmen, werde sie zum „Anachronismus“. Obwohl eine Aufnahme fremder Kulturen „ständig stattfinden“ müsse, könne es zu einem „Kulturschock“ kommen, wenn man den Zuwanderern nicht genügend Zeit lasse, sich zu „akkulturieren“. Die Frage, ob er damit eine Assimilation der Einwanderer fordere, lässt Hoffmann offen. Eine Regierung dürfe „nicht so viel verlangen“, seiner Meinung nach solle sie auch „viel weniger verbieten“.

In teilweise krassem inhaltlichen Gegensatz dazu steht ein Gastbeitrag des früheren Gebietsleiters Thüringen der im Juni aufgelösten rechtsextremistischen „Europäischen Aktion“ (EA), der in seinem in der Rubrik „Weltanschauung“ platzierten Beitrag „Ethnostaat und Reconquista“ für eine „staatliche Ordnungsmacht“ plädiert, die den „Bestand der weißen Rasse“ garantieren solle. Ein solcher „weiße[r] Ethnostaat“ müsse als Voraussetzung mitbringen, kein NATO- und EU-Staat zu sein, geschlossene Grenzen aufzuweisen, nicht den „Verderbnissen der Demokratie ausgesetzt“ zu sein und ausschließlich von weißen Menschen bewohnt sein. Auf der „weltpolitische[n] Landkarte“ erfülle in Europa ein Land diese Bedingungen, nämlich das Weißrussland des Staatspräsidenten Alexander Lukaschenko. Der Gastautor entwirft ein im November 2018 spielendes Szenario, in dem eine Delegation europäischer Nationalisten nach dem Zerfall der EU und ethnischen Konflikten zwischen Einwanderern und Autochthonen in den westeuropäischen Ländern die weißrussische Hauptstadt Minsk auf der Suche nach einem geopolitischen Bündnispartner zur Bewahrung eines „weißen Europa“ bereist. In einem fiktiven Gespräch mit Lukaschenko beenden die Abgesandten ihre Bitte um dessen Unterstützung mit dem Appell an einen „Retter Europas, (...) Bewahrer des Abendlandes und der weißen Rasse“.

Trotz des vordergründigen Erfolgs, alle zwei Monate turnusmäßig ein gedrucktes Strategieorgan veröffentlichen zu können, belegen die publizierten Inhalte in „N.S. HEUTE“ gerade die Widersprüchlichkeit der kruden weltanschaulichen Konzepte, die innerhalb der Neonazi-Szene kursieren.